



Loslösung vom EU-IWF Mechanismus und seinem neoliberalen „Know How“ .

NEIN zur Zerstörung des sozialen Zusammenhalts.

NEIN zum Abbruch der sozialen Sicherungssysteme.

Für eine Front sozialer und politischer Kräfte; für ein Schutzschild gegen die Krise.

Papandreou Regierung setzt sich für den „EU-IWF- Unterstützungsmechanismus“ ein. Das liefert Griechenland den Entscheidungen des IWF aus und ermöglicht dem IWF, den Hinterhof Europas zu besetzen. Das zeigt überdeutlich die großen strukturellen Defizite der Währungsunion auf; das sind Ergebnisse des neoliberalen Modells, dem die konservativen und sozialdemokratischen Kräfte in Europa in den letzten Jahrzehnten gemeinsam gedient haben.

Die IWF-Technokraten sind bereits im Lande und diktieren die Punkte der neuen Sozialgesetzgebung, die dem Arbeitsministerium vorliegen. Es ist klar, dass unter voller Verantwortung der Regierung die Ausarbeitung strategischer wirtschaftlicher Entscheidungen einem supranationalen Direktorat übertragen wird, das über keinerlei demokratische Legitimierung verfügt.

Der IWF ist keine philanthropische Einrichtung. Er diktiert Maßnahmen und „hilft“ Regierungen, die von Anfang an ihre Bereitschaft erklären, die Verantwortung für die Auflösung der sozialen Sicherungssysteme, für die Kündigung sozialer Kompromisse und den Abbau von sozialen Errungenschaften und erkämpften Rechten der Arbeiter zu übernehmen.

Wie die Krankheit auch heißt, der IWF kennt nur eine Medizin: Lohnkürzung und Sozialabbau. In jedem Fall ist die grundlegende Bedingung für die „Unterstützung“ durch den IWF der Abbau der sozialen Sicherungssysteme - ein Prozess, der in unserem Lande schon begonnen hat. Daher unterstreichen wir den wichtigsten Punkt unserer Kritik an der Art, wie die EU aufgebaut wurde. Unsere Gegnerschaft zum Inhalt der Europäischen Verträge, die die gegenwärtige neoliberale Struktur geschaffen haben, welche unter den jetzigen Bedingungen einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise die zentrifugalen Tendenzen stärkt und insgesamt den Zusammenhalt Europas gefährdet. ...

Die Regierung hat absolut keine demokratische Legitimation für eine solche Politik. Sie wurde vor sechs Monaten mit einem völlig anderen Programm gewählt und genießt keine soziale Unterstützung für solche Maßnahmen. Die einzige Unterstützung kommt von der Vereinigung der Griechischen Industriellen (SEB), von den großen Medienkonzernen, von den ultra-neoliberalen Zirkeln innerhalb der beiden großen Parteien und von der extremen Rechten, also von Herrn Karatzaferis (Parlamentsmitglied, Präsident der Partei LAOS). Die Partei Neue Demokratie (die frühere rechte Regierung) trägt ebenfalls große Verantwortung, weil sie in ihren zwei Legislaturperioden entscheidend zum jetzigen Schuldenberg beitrug. Sie und die PASOK entwickelten das sozialpolitische System nach dem Sturz der Militärdiktatur im Jahre 1974. Sie sind verantwortlich für das andauernde produktive Defizit des Landes, für den Niedergang und die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Wir

sollten den Klassenaspekt der heutigen Defizite nicht unterschätzen.

Wir werden durch die herrschenden neoliberalen Zirkel innerhalb der EU zu diesem Weg gedrängt. Es ist der Weg des Euro-Atlantizismus. Ziel ist die Sackgassenstrategie des Monetarismus ohne Einschränkungen, eine Strategie, die keinerlei Antworten auf die weltweite Wirtschaftskrise liefern kann. Griechenland soll zu einem Versuchskaninchen gemacht werden, an dem sie die härteste Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa austesten, um dieses Modell dann in die restlichen europäischen Staaten zu exportieren.

Weder das Volk noch das Parlament haben ihre Meinung geäußert. Gleichzeitig traut sich Herr Papandreou noch nicht einmal, Treffen der Führungsorgane seiner eigenen Regierungspartei einzuberufen. ...

Der Tag nach der Intervention des IWF in unsere Innenpolitik wird eine völlig neue Realität signalisieren, die Griechenland von jeder Perspektive eines wirtschaftlichen und sozialen Ausbruchs aus der jetzigen Krise entfernen wird. In diesem Sinne geht es um das entscheidende Thema der demokratischen Legitimität der Politik der Regierung.

Wir verlangen eine sofortige Volksabstimmung gegen den EU-IWF Mechanismus mitsamt seinem neoliberalen „Know How“.

Dies beinhaltet die Abkehr von einer Entscheidung, die für Jahrzehnte die Zukunft des Landes bestimmen und einen noch nie gesehenen sozialen Abstieg starten wird ...

Synaspismos schlägt dem griechischen Volk ein alternatives Programm zum Beenden der Krise vor. Denn der Weg des Sozialabbaus ist nicht der einzige Weg. Es gibt einen anderen. Wir schlagen unserer Gesellschaft vor, diesem anderen Weg zu folgen und für ihn zu kämpfen.

Für eine Front sozialer und politischer Kräfte

Eine Voraussetzung für diesen alternativen Weg ist es, Aktive aus dem Volk und den sozialen Bewegungen zu mobilisieren, um eine Front sozialer und politischer Kräfte zu bilden, die für sozialen Schutz und Solidarität kämpfen. Der Beitrag der linken Kräfte, Gewerkschafter und der Kräfte aus sozialen Bewegungen wird dabei entscheidend sein. Deshalb laden wir sie ein, in unseren Aufruf zur Einheit mit einzustimmen.

Ein alternatives Sofortprogramm für einen fortschrittlichen Ausweg aus der Krise

1. Loslösung vom EU-IWF „Unterstützungs“-Programm. Neuverhandlung und Forderung nach einem direkten Darlehen durch die Europäische Zentralbank und Einführung einer „Euro-Bond“. Koordination und stabile Zusammenarbeit mit den Ländern des europäischen Südens, die ähnlichen Schuldenproblemen gegenüberstehen. Die Forderung nach einer Veränderung der Europäischen Verträge. Sofortige Abschaffung des Stabilitätspaktes und seine Ersetzung durch einen Pakt für Soziale Sicherung, der würdige Arbeit und anhaltende Entwicklung garantiert.
2. Öffentliche gesellschaftliche Kontrolle über das Finanzsystem zum Nutzen der Allgemeininteressen und der Realwirtschaft. ...
3. Ein mittel- und langfristiges Programm für die Restrukturierung der produktiven griechischen Wirtschaft. Mit gezielten öffentlichen Investitionen für ein alternatives Entwicklungsmodell und mit besonderer Bevorzugung der Landwirtschaft, erneuerbarer Energieressourcen, umweltverträglichem Tourismus und neuen Technologien. Wir kämpfen für ein alternatives Konzept und eine neue Funktion des öffentlichen Sektors.
4. Die politische Forderung auf internationaler Basis die öffentlichen Schulden teilweise zu erlassen und die Zahlungsbedingungen im Rahmen einer vollständigen Restrukturierung zu verbessern. Das Problem der öffentlichen Schulden ist kein griechisches Problem allein und in diesem Sinne verlangen wir einen vollständigen Solidaritätsmechanismus im europäischen Rahmen, um dieses Problem zu lösen.

5. Die Bildung eines sozialen Schutzschildes. Mit einem Komplex sofortiger sozialer Eingriffe mit dem Ziel einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit und neuer Formen der Armut, verbunden mit einer Entwicklungsstimulation. Die notwendigen sofortigen Eingriffe sollten sich auf folgende Themen konzentrieren:
6. Eine Steuerreform gegen die Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems, gegen die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung. Eine Besteuerung der Kirche.
7. Sofortige Kürzung der Rüstungsausgaben. Rückzug aller griechischer Truppen aus dem Ausland.
8. Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und Wiederbelebung ihres Umverteilungscharakters im Gegensatz zum jetzigen Kurs auf Sozialabbau seitens der Regierung.
9. Schutz der kurz-, mittel- und langfristig Arbeitslosen. Spezielle Arbeitsbeschaffungsprogramme in den sozialen und produktiven Sektoren.
10. Eine sofortige Reform der Arbeits-Gesetzgebung mit dem Ziel, Entlassungen zu erschweren und Arbeitsplätze zu schützen.
11. Bekräftigung des Mindestlohnes. Einführung eines garantierten Mindesteinkommens und garantierter Zugang zu öffentlichen Leistungen. ...

Unsere Partei muss ihre Solidarität in Aktionen, mit relevanten Initiativen für diejenigen, die durch die Krise betroffen sind, ausdrücken.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir es mit einer strukturellen Krise des Kapitalismus zu tun haben, muss der Kampf für eine alternative, fortschrittliche Ausstiegsstrategie aus der Krise mit dem Kampf für eine radikale Veränderung des jetzigen Kräfteverhältnisses und für eine radikale Änderung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus verbunden werden.

Unsere Alternativvorschläge müssen der Bevölkerung durch ständige und anhaltende Interventionen unsererseits klar gemacht werden

Wir müssen Pressekonferenzen und öffentliche Auftritte unserer Parlamentsabgeordneten und Parteimitglieder in Athen und den Regionen organisieren. Es ist unsere Pflicht, einen alternativen Weg vorzuschlagen und unsere Gesellschaft einzuladen, für diesen Weg zu kämpfen.

Das Zentralkomitee von SYNASPISMOS

(aus dem englischen Text übersetzt und leicht gekürzt von Jürgen Köster)